

Prof. Dr. Sven Jochem

Immer noch „Politics against Markets“?¹³ – Schwedens Wohlfahrtsstaat im Wandel

Einleitung

Zahlreiche Facetten von Politik und Gesellschaft in Schweden werden in Öffentlichkeit und wissenschaftlicher Debatte als vorbildlich wahrgenommen. Zahlreiche Berichte in den unterschiedlichsten Medien vergöttern Aspekte der schwedischen Politik nahezu.¹⁴ Auch in Wissenschaft und Forschung wird dem schwedischen Wohlfahrtsstaat eine vorbildliche Rolle zugesprochen, so zum Beispiel bei Gøsta Esping-Andersen (1985; 1990; 1999). Diese und weitere Studien führen dazu, dass in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung Schweden noch heute als Vorbild einer sozialdemokratisch geprägten Politik dient.

Die besondere Leistungskraft des schwedischen Wohlfahrtsstaates wird durchaus durch Befunde der empirischen Gerechtigkeitsforschung gestützt (vgl. Bertelsmann 2017).¹⁵ Nach den jüngsten Studien der Bertelsmann-Stiftung rangiert zwar Dänemark auf dem ersten Platz von insgesamt 28 europäischen Staaten. Diese Spitzenposition hatte jedoch seit der erstmaligen Messung dieses Indexes im Jahre 2008 permanent Schweden inne. Folgt man diesen empirischen Vermessungen sozialer Gerechtigkeit, dann ist also etwas dran am Vorbild Schweden.

Diese Spitzenposition des schwedischen Wohlfahrtsstaates wird jedoch durch andere empirische Analysen hinterfragt. Zum einen ist Schweden bei den Sozialausgaben nicht in der unmittelbaren Spitzengruppe (OECD 2015). Werden die Brutto-Sozialausgaben betrachtet, rangiert Schweden auf Rangplatz sieben. An der Spitze des internationalen Vergleichs rangieren hingegen Länder wie Frankreich, Finnland oder auch Belgien; Deutschland befindet sich bei diesen Analysen auf dem achten Rang. Zumindest im Hinblick auf den „welfare effort“, also das Ausmaß, mit dem Sozialpolitik fiskalisch wirksam wird, besetzt Schweden nicht die Spitzenkategorie. Zum anderen mehrten sich Studien, die in der jüngsten Vergangenheit zahlreiche Reformen des schwedischen Wohlfahrtsstaates ausmachen. Diese Reformen hätten deutliche Veränderungen, Einsparungen und auch Rückbauten des schwedischen Wohlfahrtsstaates impliziert. Jenseits von Ausgabedaten attestieren diese Studien programmatische Veränderungen der schwedischen Sozialpolitik, die eine Vorbildrolle des Landes hinfällig erscheinen lassen (vgl. Mehrtens 2014; Svallfors 2015; Svallfors/Tyllström 2017).

Ziel dieses Beitrages ist es, die wohlfahrtsstaatliche Politik Schwedens systematisch zu beleuchten. Was kann im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Politik gegenwärtig von Schweden – jenseits mystischer Verklärungen und in die Zeit gekommener Stereotype – gelernt werden? In diesem Beitrag vertrete ich die These, dass sich die schwedische Sozialpolitik spätestens seit der ökonomischen Krise der frühen 1990er Jahre einschneidend verändert. Der schwedische Sozialstaat wurde auf breiter Front dereguliert, privatisiert und in seiner Generosität eingeschränkt. Einzig im Bereich der Bildungs-, Ausbildungs- sowie Weiterbildungspolitik lassen sich noch vorbildliche Politiken des schwedischen Wohlfahrtsstaates ausmachen (vgl. Horn/van Kersbergen 2018). Dies kann auf innenpolitische Veränderungen (das Erstarken der bürgerlichen Parteien, die Schwächung der Arbeiterbewegung oder der Sozialpartnerschaft) im Zusammenspiel mit außenpolitischen Herausforderungen (Finanzkrise der frühen 1990er Jahre sowie vor allem die Integration des Landes in die EU) zurückgeführt werden.

13 Esping-Andersen, Gøsta (1985): *Politics against Markets: The Social Democratic Road to Power*. Princeton: Princeton University Press.

14 Vgl. hierzu den kritischen Beitrag von Bernd Henningsen in diesem Band.

15 Die Analysen zur sozialen Gerechtigkeit sind im Internet abrufbar unter: http://news.sgi-network.org/uploads/tx_amsgistudies/Social-Justice-in-the-EU-2016.pdf.

Säulen des Wohlfahrtsstaates

Der dänische Sozialwissenschaftler Gøsta Esping-Andersen hat mit seinen vergleichenden Studien zu wohlfahrtsstaatlichen Politiken maßgeblich die Vorbildrolle des schwedischen Wohlfahrtsstaates in der wissenschaftlichen Debatte begründet (Esping-Andersen 1985; 1990; 1999). Sein Verständnis wohlfahrtsstaatlicher Politik gipfelt in der Annahme, dass Sozialpolitik „politics against markets“ sei (Esping-Andersen 1985). Jegliche wohlfahrtsstaatliche Politik zeichne sich quasi durch eine Einhegung von Marktdynamiken aus.

Neben dieser allgemeinen Charakterisierung des schwedischen Wohlfahrtsstaates lassen sich sechs weitere Charakteristika schwedischer Sozialpolitik in der Literatur ausmachen (vgl. z.B. Pierre 2016; Henningsen 2013; Hort 2014), die hier nur kurz angerissen werden: *Erstens* wird hervorgehoben, dass die schwedische Sozialpolitik auf einer starken Staatlichkeit basiere. *Zweitens* sei diese Sozialpolitik universalistisch, d.h. Sozialpolitik und soziale Dienstleistungen seien für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich, ohne dass nach Einkommen, Status oder gar Ethnie differenziert werde. *Drittens* fuße der schwedische Wohlfahrtsstaat auf dem Prinzip der Gleichheit sowie Gleichberechtigung. *Viertens* wird betont, dass der schwedische Wohlfahrtsstaat auf einer Arbeitsgesellschaft mit ausgeprägtem Arbeitsethos aufbaue. *Fünftens* wird attestiert (aber auch kritisiert), dass der schwedische Wohlfahrtsstaat zu einer „Verstaatlichung“ der Familie geführt habe.¹⁶ *Sechstens* und *letztens* sei ein Charakteristikum schwedischer Sozialpolitik in der starken Betonung der Bildungs- und Aktivierungspolitik zu sehen, was gegenwärtig als „social-investment policies“ umschrieben wird.

Die solchermaßen zu charakterisierende Sozialpolitik besitzt eine Sollbruchstelle. Die Finanzierung eines generösen, universellen und auf staatliche Organe setzenden Sozialstaates setzt eine umfängliche monetäre Basis für die Erhebung von Steuern sowie Sozialabgaben voraus. Wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, führten ökonomische Krisen, eine forcierte Austeritätspolitik sowie eine aufkeimende Kritik am Steuerstaat zu politischen Machtverschiebungen und rückführenden Reformen.

Reformpolitik

Der schwedische Wohlfahrtsstaat hat sich gewandelt. Ursächlich für diesen Wandel sind drei Zäsuren schwedischer Politik: erstens die Finanzkrise in den frühen 1990er Jahren, zweitens die Anpassung schwedischer Politik an die Erfordernisse der europäischen Integration sowie drittens der sich seit Beginn der nuller Jahre verändernde Parteienwettbewerb mit einer sich verstärkenden bürgerlichen Dominanz.

Die *schwedische Finanzkrise* zu Beginn der 1990er Jahre führte schlagartig zu einer fiskalischen Unwucht im dortigen Wohlfahrtsstaat. Die Ausgaben stiegen ebenso rasch an, wie die Arbeitslosigkeit in für schwedische Verhältnisse außergewöhnliche Höhen stieg. Während die damalige bürgerliche Minderheitskoalition (1991-1994) nicht in der Lage war, die sprunghaft angestiegene Verschuldung einzudämmen, gelang dies den sozialdemokratischen Regierungen unter der Führung von Göran Persson nach 1994 mit großem Erfolg. Die rigorose Sparpolitik implizierte hohe Steuern und gleichzeitiges Sparen im Bereich der Sozialpolitik. Damit unterspülte die sozialdemokratische Konsolidierungspolitik allerdings einen wichtigen Pfeiler des schwedischen Modells, demzufolge die schwedische Bevölkerung dann bereit sei hohe Steuerlasten zu tragen, wenn sie – vor allem die schwedische Mittelschicht – davon auch durch wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen profitiere.

16 Gegen eine kritische Sichtweise betont Michael Haus in diesem Band im Rückgriff auf die Studien von Henrik Berggren und Lars Trädgårdh (2016) die entlastenden Funktionen staatlicher Familien- und Kinderbetreuungspolitik für emotionale Freiräume. Michael Haus zufolge zeichne sich die schwedische Politik durch eine Koalition zwischen Staat und Individuum aus, kollektive Gemeinschaften (vor allem religiöser Art) seien weniger bedeutsam für die individuelle Lebensgestaltung. Durch eine solche Politik werde das Individuum von familiären oder kollektiven Abhängigkeiten befreit.

Mit dem *Beitritt Schwedens zur EU* (1994) wurden erneute Korrekturen am schwedischen Sozialstaat notwendig. Ziel der bürgerlichen als auch der linken Parteien war es, einen „Wohlfahrtstourismus“ zu vermeiden. Die sozialen Transferleistungen, die nach einem universalistischen Prinzip geformt waren, werden seither verstärkt an die Aufenthaltsdauer einer Person gekoppelt. Augenscheinliches Beispiel dieser Logik war die Reform der Rentenpolitik (1994-1998) (Anderson/Immergut 2006). Im Reformprozess wurde der universelle Charakter der Grundrente eingeschränkt und an die Aufenthaltsdauer der betreffenden Person in Schweden gekoppelt. Diese Reform im schwedischen Rentensystem, dem „Diamanten in der Krone des schwedischen Wohlfahrtsstaates“ (Lundberg 2003), zeigte mit aller Deutlichkeit, dass europäische Entgrenzungen universalistische Sozialpolitiken erschweren.

Der *schwedische Parteienwettbewerb* in den goldenen Jahren des Modells war geprägt durch eine Hegemonie der sozialdemokratischen Partei (SAP) sowie der programmatischen und organisatorischen Zersplitterung des bürgerlichen Parteienspektrums (Möller 1986). Während die bürgerliche Koalition zu Beginn der 1990er Jahre noch zu schwach war, gravierende Veränderungen in der schwedischen Sozialpolitik umzusetzen, änderte sich dies mit der Wahl im Jahr 2006 (Jochem 2006). Auf Initiative der konservativen Partei (M) kam es im bürgerlichen Lager zu programmatischen Verhandlungen, die vor der Wahl zum schwedischen Reichstag zur Gründung eines Parteienbündnisses („Allianz für Schweden“), bestehend aus Konservativer Partei, Zentrumspartei, Liberale Partei sowie Christdemokraten führte. Auf diese Weise konnte die Allianz geschlossen in den Wahlkampf ziehen und die sozialdemokratische Minderheitsregierung mit einer bürgerlichen Mehrheitskoalition ablösen.

Die bürgerliche Regierungszeit (2006-2014) war weniger gekennzeichnet durch große, einschneidende Reformen, sondern eher durch viele kleine Reformen, die allerdings im Laufe der Zeit zu großen Veränderungen am schwedischen Modell gipfelten (Jochem 2015). *Erstens* forcierte die bürgerliche Allianz für Schweden die Privatisierungspolitik sowie eine Deregulierung und Dezentralisierung des schwedischen Wohlfahrtsstaates (vor allem auch im Gesundheits- und Bildungsbereich). *Zweitens* führte die bürgerliche Allianz immer wieder Steuersenkungen durch, die das finanzielle Fundament des schwedischen Wohlfahrtsstaates schrittweise aushöhlten. Innerhalb der OECD gibt es wenige Länder, die so kontinuierlich und erfolgreich die Staats- sowie Sozialausgaben seit Beginn der nuller Jahre zurückführten. *Drittens* erodierte die Sozialpartnerschaft in dieser Zeit weiter. In der Konsequenz dieser drei Reformstrategien wurde der schwedische Sozialstaat eingeschränkt, privatisiert und dereguliert. Diese Politik führte zu einer zunehmenden Lohnungleichheit sowie insgesamt einer auch im internationalen Vergleich außergewöhnlich rasch ansteigenden materiellen Einkommensungleichheit (Svallfors/Tyllström 2017).

Rettungsversuche

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2014 war es das erklärte Ziel der rot-grünen Minderheitskoalition unter der Führung von Stefan Löfven (SAP), das alte sozialdemokratische Modell wohlfahrtsstaatlicher Politik zu retten. Ein erster Schritt bestand darin, dass sich die Sozialdemokratie den Begriff „nordisches Modell“ mit einem Copyright sichern ließ (Lundberg 2015). Neben diesem symbolischen – und auch im Ausland viel belächelten – Akt war die SAP vor allem darum bemüht, die parlamentarische Pattsituation zu überwinden.

Der schwedische Parteienwettbewerb veränderte sich mit dem Einzug der rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) im Jahr 2010 erneut. Die Schwedendemokraten konnten sich strategisch geschickt als Zünglein an der parlamentarischen Waage profilieren. Der rot-grünen Minderheitskoalition gelang es aber bis 2014 nicht, die Blocklogik im schwedischen Parteienwettbewerb grundsätzlich zu überwinden. Sie regierte teilweise mit Unterstützung der Linkspartei, teilweise suchte sie Kompromisse mit den

Parteien der Allianz.¹⁷ Zwar deuten Daten des gesetzgeberischen Outputs nicht darauf hin, dass es eine Reformblockade in dem Sinne gibt, dass keine Gesetze mehr verabschiedet werden (Lindvall et al. 2017). Vielmehr waren die Reformen der rot-grünen Minderheitsregierung Kompromisse des kleinsten gemeinsamen Nenners. Aus diesen Gründen ist die Regierungsbilanz der rot-grünen Koalition (2014-2018) ambivalent. So konnte ein Auseinanderbrechen der Koalition auch nach Krisen verhindert werden¹⁸, aber große Reformen und eine Kurskorrektur schwedischer Sozialpolitik konnten durch diese Minderheitskoalition unter den gegebenen Umständen nicht verabschiedet werden.

Die Flüchtlingskrise nach 2015 führte zu einer Umkehr sozialdemokratischer Regierungspolitik. Indem die dänische Regierung die Grenzen für Flüchtlinge öffnete und diese bis zur schwedischen Grenze ziehen ließ, setzte sie die schwedische Regierung unter massiven Handlungsdruck. Die rot-grüne Koalition hielt diesem Druck zwar stand, allerdings zum Preis, dass die Migrationspolitik eingeschränkt wurde. Die schwedische Sozialdemokratie orientiert sich in dieser politisch brisanten Frage eher an der dänischen Sozialdemokratie, die gegenwärtig über offene Koalitionen mit der rechtspopulistischen Partei Dänemarks nachdenkt (Nedergaard 2018).

Die Schwedendemokraten nutzen die Blockade der schwedischen Demokratie strategisch geschickt aus. Ihr Vorsitzender, Jimmy Åkesson, forderte im Wahlkampf 2018 im Namen seiner Partei immer wieder eine Wiederbelebung des schwedischen Volksheimes ein. Er wolle ein „modernes Volksheim“, worunter er eine bessere soziale Absicherung der Schwedinnen und Schweden verstand und eine deutlich geringere Absicherung von Nicht-Schweden.¹⁹ Mit dieser Strategie gelang es der Partei, zunehmenden Rückhalt in der Gesellschaft sowie auch in der Arbeiterbewegung Schwedens zu erlangen. Sie sind gegenwärtig die drittgrößte Partei im Reichstag.

Mit aller Deutlichkeit zeigt die Regierungsbildung nach der Reichstagswahl 2018 die tiefgreifende Blockade der schwedischen Demokratie. Erst nach 131 Tagen konnte erneut eine rot-grüne Minderheitsregierung vom Reichstag gewählt werden. Auf die Regierung entfielen nur 115 Ja-Stimmen, hingegen 153 Nein-Stimmen, da sich aber die Zentrums- sowie die Liberalen mit 77 Stimmen enthielten, konnte nach den Regeln des negativen Parlamentarismus die rot-grüne Regierung gewählt und Stefan Löfven als Ministerpräsident vereidigt werden. Damit gelang es der Sozialdemokratie, die bürgerliche Allianz aufzubrechen und den Schwedendemokraten einen direkten Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu verwehren. Allerdings musste die Sozialdemokratie für diese historische Zäsur einen hohen Preis entrichten. Im sogenannten Januar-Abkommen konnten die Mitteparteien zahlreiche Steuersenkungen und Deregulierungen durchsetzen, vom ursprünglich sozialdemokratischen Ziel, über erhöhte Steuern wieder den Sozialstaat abzusichern und an zentralen Stellen auszubauen, ist in diesem Abkommen nichts mehr erkennbar. Insofern wird es die Zukunft zeigen müssen, ob diese historische Zäsur einen

17 Im Wahlkampf 2018 betonte Ministerpräsident Stefan Löfven (SAP), dass in der vergangenen Legislaturperiode insgesamt 26 solcher Pakte über die Lagergrenzen des Parlamentes vor allem in den Bereichen Energie, Verteidigung und Klima abgeschlossen worden seien. In zentralen steuer- und wohlfahrtsstaatlichen Bereichen konnte die rot-grüne Minderheitsregierung die Vetomacht der Allianz allerdings nicht aufbrechen.

18 Es sei nur kurz erwähnt, dass die blockierte Lage im schwedischen Parlament im Jahr 2014 dazu führte, dass die neu gewählte rot-grüne Minderheitskoalition mit ihrem Haushaltsentwurf im Parlament scheiterte und mit einem Budget der Opposition regieren musste. Die angedrohte Neuwahl wurde durch die sogenannte Dezemberübereinkunft zwar vermieden, allerdings scheiterte diese Übereinkunft, die neue Regeln des Minderheitsparlamentarismus und eine blocküberschreitende Kooperation in zentralen Politikfeldern ermöglichen sollte nach gerade mal einem halben Jahr. Die bürgerlichen Parteien deuten diese Absprache richtigerweise als Einschränkung ihrer strategischen Handlungsmöglichkeiten im schwedischen Minderheitsparlamentarismus. Vgl. dazu den Blog-Eintrag des Verfassers: <https://nofoblog.hypotheses.org/89>.

19 Es stellt sich allerdings dann die Frage, was einen Schweden und eine Schwedin auszeichnet. Teile der Schwedendemokraten stufen zum Beispiel gar die Samen, die nordische Urbevölkerung, als Nicht-Schweden ein.

wirksamen Wandel des Parteienwettbewerbs eröffnete, oder ob das Aufbrechen der bürgerlichen Allianz eher dazu führt, dass die Schwedendemokraten weiter gestärkt werden.²⁰

Fazit

Die schwedische Sozialpolitik hat sich grundlegend gewandelt. Die Rolle eines sozialdemokratischen Vorbildes, wie von Esping-Andersen in seinen Schriften proklamiert (1985; 1990; 1999), ist nur noch schemenhaft zu erkennen. Weder sind die Sozialleistungen in Schweden besonders generös, noch besticht die schwedische Sozialpolitik durch eine eindeutige Reformpolitik. Zwar ist die materielle Ungleichheit noch niedriger als zum Beispiel in Deutschland, aber es gibt nur wenige Länder, in denen die materielle Ungleichheit schneller angestiegen ist als in Schweden. Eine Bestandsaufnahme der schwedischen Sozialpolitik seit den frühen 1990er Jahren kommt daher zum Schluss, dass sich die Besonderheiten des prominentesten sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodells merklich abgeschliffen haben (Svallfors 2015, Svallfors/Tyllström 2017, Jochem 2015).

Gibt es Möglichkeiten einer Kurskorrektur? Gegenwärtig erscheint die schwedische Demokratie blockiert zu sein. Auch in Schweden verwirrt eine rechtspolitische Partei den demokratischen Wettbewerb. Gleichzeitig schwächt der Rechtspopulismus die Machtgrundlagen der Sozialdemokratie, wildert er doch erfolgreich im ureigenen sozialdemokratischen Politikfeld, der wohlfahrtsstaatlichen Politik. Wie in anderen europäischen Ländern auch, ist die schwedische Sozialdemokratie gespalten zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen. Am Ende des Jahres 2018 scheint die strategische Ausrichtung der schwedischen Sozialdemokratie nach rechts erfolgt zu sein. Insbesondere in den politisch brisanten Fragen von Migration und Zuwanderung schwenkt sie auf einen nationalen Kurs um. Insofern folgt die SAP dem Beispiel der dänischen Sozialdemokratie, die sich nicht nur programmatisch deutlich nach rechts bewegt hat, sondern auch eine offene Zusammenarbeit mit der Dänischen Volkspartei erwägt (Nedergaard 2018). In der schwedischen Politik wird oft das deutsche Modell einer Großen Koalition (der Mitparteien) lobend diskutiert. Die Frage ist also, wer gegenwärtig für wen Vorbild ist und sein soll.

Prof. Dr. Sven Jochem ist außenplanmäßiger Professor am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz

Literatur

- Anderson, Karen M./Immergut, Ellen M. (2006): Sweden: after social democracy. In: Immergut, Ellen M./Anderson, Karen M./Schulze, Isabelle (Hrsg.): The Handbook of West European Pension Politics, Oxford, S. 349-395.
- Berggren, Henrik/Trägårdh, Lars (2016): Ist der Schwede ein Mensch? Was wir von unseren nordischen Nachbarn lernen können und wo wir uns in ihnen täuschen, München: btb.
- Esping-Andersen, Gøsta (1985): Politics against Markets: The Social Democratic Road to Power, Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Oxford: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies, New York: Oxford University Press.

²⁰ Vgl. zur Vorgeschichte des Januar-Abkommens den Kommentar vom Verfasser unter <https://nofoblog.hypotheses.org/452> sowie einen Kommentar zu den möglichen Konsequenzen <https://nofoblog.hypotheses.org/524>.

- Henningsen, Bernd (2013): Gemeinschaft versus Staat, Nation versus Europa. Nordeuropäische Gemeinschaftskonstruktionen und die modernen Traditionsbrüche. In: Lehnert, Detlef (Hrsg.): Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volkshheim“ im Vergleich 1900-1938, Wien u.a.: Böhlau, S. 39-72.
- Horn, Alexander/van Kersbergen, Kees (2018): Ein Konsens, der noch hält. Soziale Investitionen haben in Skandinavien breite politische Unterstützung. In: WZB Mitteilungen Heft 161/2018, S. 62-64.
- Hort, Sven E. O. (2014): Social Policy, Welfare State, and Civil Society in Sweden, Volume II, The Lost World of Social Democracy 1988-2015, Lund.
- Jochem, Sven (2006): Die Reichstagswahl 2006 als Zäsur der schwedischen Parteiengeschichte. In: Nordeuropaforum, Heft 2/2006, S. 5-24.
- Jochem, Sven (2015): Reformpolitik im schwedischen Sozialstaat. Formen, Gründe und Konsequenzen der Austeritätspolitik. In: Wirtschaftspolitische Blätter, Jg. 62, Heft 3, S. 603-614.
- Lindvall, Johannes/Bäck, Hanna/Dahlström, Carl/Naurin, Elin/Teorell, Jan (2017): Samverkan och strid i den parlamentariska demokratin, SNS Demokratirapport 2017, Stockholm: SNS förlag.
- Lundberg, Urban (2003): Juvelen i Kronan: Socialdemokraterna och den allmänna pensionen, Stockholm: Hjalmarson Höberg Bokförlag.
- Lundberg, Urban (2015): Das nordische Modell: sozialdemokratisches Markenzeichen oder gemeinsames kulturelles Erbe?. In: Henningsen, Bernd/Jochem, Sven/Frech, Siegfried (Hrsg.): Das politische Skandinavien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Schwalbach/Ts., S. 37-62.
- Mehrtens, Philip (2014): Staatsschulden und Staatstätigkeit. Zur Transformation der politischen Ökonomie Schwedens, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Möller, Tommy (1986): Borgerlig samverkan, Uppsala: Diskurs Förlag.
- Nedergaard, Peter (2018): Zurück zu den Wurzeln: Warum fordert die dänische Sozialdemokratie eine restriktive Einwanderungspolitik? Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14497.pdf>. (24.04.2019)
- OECD (2015): In it together – Why less inequality benefits all, Paris.
- Pierre, Jon (2016) (Hrsg.): The Oxford Handbook of Swedish Politics, Oxford: OUP Oxford.
- Svallfors, Stefan (2015): Politics as Organized Combat. New Players and New Rules of the Game in Sweden, MPIfG Discussion Paper 15/2, Köln.
- Svallfors, Stefan/Tyllström, Anna (2017): Lobbying for Profits: Private Companies and the Privatization of the Welfare State in Sweden. Institutet för framtidsstudier/Institute for Futures Studies, Arbetsrapport/Working Paper 2017: 1, Stockholm.